

# Äthiopien: Oromo, staatliches Überwachungssystem

Schnellrecherche der SFH-Länderanalyse

Bern, 26. April 2018

## **Impressum**

Herausgeberin  
Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH  
Postfach, 3001 Bern  
Tel. 031 370 75 75  
Fax 031 370 75 00  
E-Mail: [info@fluechtlingshilfe.ch](mailto:info@fluechtlingshilfe.ch)  
Internet: [www.fluechtlingshilfe.ch](http://www.fluechtlingshilfe.ch)  
Spendenkonto: PC 30-1085-7

Sprachversionen  
Deutsch, französisch

Copyright  
© 2018 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern  
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

# 1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Werden Oromo aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit diskriminiert?
2. Wie ist die Situation politisch aktiver Oromo?
3. Wird die politische Gesinnung des Vaters, einschliesslich einer Mitgliedschaft in der *Oromo Liberation Front* (OLF), automatisch dem ältesten Sohn zugeschrieben?
4. Hat der äthiopische Staat das System zur Überwachung der äthiopischen Diaspora ausgebaut?

Die Informationen beruhen auf einer zeitlich begrenzten Recherche (Schnellrecherche) in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die der SFH derzeit zur Verfügung stehen, sowie auf den Informationen von sachkundigen Kontaktpersonen.

## 2 Die Situation politisch aktiver Oromo

**Grundrechte der Oromo eingeschränkt.** *Human Rights Watch* (HRW, März 2014) berichtete, dass die herrschende Regierungskoalition seit mehr als 20 Jahren das Recht auf freie Meinungsäusserung und Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit der äthiopischen Bürger\_innen einschränkt. Repressive Gesetzgebungen dienen der Dezimierung zivilgesellschaftlicher Organisationen und unabhängiger Medien und der politisch motivierten Strafverfolgung von Einzelpersonen. Angehörige der ethnischen Gruppe der Oromo seien besonders davon betroffen, weil die Regierung die Angst der Bevölkerung vor Aufständen der *Oromo Liberation Front* (OLF) benutze, um die weitverbreitete Repression gegen ethnische Oromo zu rechtfertigen. Gestützt auf einen Bericht des australischen *Department of Foreign Affairs and Trade* (DFAT) schreibt das *UK Home Office* (November 2017), dass Oromo möglicherweise der Diskriminierung in der Arbeitswelt ausgesetzt sind, insbesondere auf hoher Regierungsebene, im Militär und in den Geheimdiensten.

**Politisch aktive Oromo rasch des Terrorismus beschuldigt.** Gemäss einer schriftlichen Auskunft einer *Person mit Expertenwissen zu Äthiopien* vom 23. März 2018 an die SFH wird die Oromiya-Region von der Oromo-Partei innerhalb der regierenden *Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front* (EPRDF) regiert. Es gibt auch legale Oromo-Oppositionsparteien. Wegen der zentralen Bedeutung der Oromo für das politische Überleben der äthiopischen Regierung sind politisch aktive Oromo noch stärker als andere politische Aktivist\_innen dem Risiko ausgesetzt, regimefeindlicher und staatsgefährdender Aktivitäten verdächtigt zu werden. Selbst konstruktive Kritik wird vom Staat als Indiz für eine verborgene separatistische Haltung angesehen und entsprechend verfolgt. Oromo, welche offen gegen die Regierung protestieren, laufen laut DFAT (zitiert in *UK Home Office*, November 2017) noch stärker Gefahr, Gewalt von offizieller Seite zu erfahren, als Protestierende aus anderen Regionen. HRW (zitiert in *UK Home Office*, November 2017) berichtet, dass Oromo oft willkürlich festgenom-

men und beschuldigt wurden, zur verbotenen OLF zu gehören. Die *Kontaktperson mit Expertenwissen* berichtete am 23. März 2018 gegenüber der SFH, dass die Verfolgung und Bestrafung von unterstellten oder wirklich vorhandenen regimefeindlichen Einstellungen und Aktivitäten bei Oromo umfassender und härter seien als bei anderen Äthiopier\_innen, denen separatistische Absichten unterstellt werden.

**OLF-Angelegenheiten fallen unter Anti-Terrorismus-Gesetz, Behörden verletzen diese Vorschriften regelmässig.** Die bewaffnete Oppositionsgruppe *Oromo Liberation Front* (OLF) wurde im Jahr 2011 vom äthiopischen Parlament als terroristische Organisation eingestuft (ARC, September 2016). Gemäss der *Kontaktperson mit Expertenwissen zu Äthiopien* (23. März 2018) werden sämtliche Angelegenheiten bezüglich der OLF nach dem im Jahr 2009 verabschiedeten Anti-Terrorismus-Gesetz behandelt, welches Gefängnisstrafen von bis zu 20 Jahren für terroristische Handlungen vorsieht. Die *Kontaktperson* betont jedoch, dass die äthiopischen Behörden bei den unterstellten oder tatsächlichen Vergehen im Umgang mit Beweismaterial und den Beschuldigten regelmässig weit über die gesetzlichen Vorschriften hinausgehen und diese auf grösste Weise verletzen. Unter dem seit Februar 2018 erneut geltenden Ausnahmezustand wurden gemäss der *Kontaktperson* bisher mehrere tausend Personen verhaftet, die verdächtigt wurden, an den Unruhen beteiligt gewesen zu sein und/oder mit der OLF oder anderen verbotenen Organisationen in Verbindung zu stehen.

**Reflexverfolgung von Familienangehörigen von Mitgliedern der OLF.** Gemäss *Amnesty International* (AI, Oktober 2014) ist es in Äthiopien möglich, dass Familienangehörige von politischen Gefangenen ebenfalls inhaftiert und beschuldigt werden, die gleichen politischen Überzeugungen zu haben. AI berichtet von einem Dutzend Personen, welche verdächtigt wurden, Verbindungen zur OLF zu haben, weil sie familiäre Beziehungen zu einem angeblichen Mitglied der OLF hatten. In diesem Zusammenhang erwähnt AI die Inhaftierung von mehreren Personen derselben Familie aufgrund dieses «vererbten Verdachtes». *Dutch Refugee Council* (DRC, Mai 2016) berichtet unter Berufung auf USDOS und AI, dass Familienmitglieder anstelle der gesuchten Personen belästigt, inhaftiert und gefoltert werden. In gewissen Fällen wurden Familienmitglieder auch inhaftiert, wenn sie sich nach ihren Verwandten erkundigten. In den meisten Fällen gab es keine Anklage, kein Gerichtsverfahren und keinen Zugang zu Anwält\_innen.

### 3 Staatliches Überwachungssystem

**Überwachung durch Geheimdienst führt zu Selbstzensur und eingeschränkter Meinungsfreiheit.** Die SFH schrieb in einem im Juni 2014 publizierten Update zur aktuellen Situation in Äthiopien unter Berufung auf verschiedene Quellen, dass die herrschende Regierungskoalition ein sehr effektives Überwachungssystem unterhalte. Die herrschende *Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front* (EPRDF) verfügt demnach im ganzen Land über ein grosses Netzwerk an Informant\_innen, welche die Tätigkeiten von Organisationen und Personen überwachen und deren Meinungsfreiheit dadurch stark einschränken. Die Bevölkerung sei sich dieser staatlichen Überwachung bewusst und übe Selbstzensur aus. Dies gehe so weit, dass sich viele Äthiopier\_innen nicht einmal in privaten Gesprächen getrauen, die Regierung zu kritisieren. Das *Immigration and Refugee Board of Canada* (IRB, 2. Februar 2017) schreibt gestützt auf Berichte von HRW (2016) und USDOS (2016), dass die äthiopische Regierung regelmässig Telefonanrufe von Familienmitgliedern und Freund\_innen

von tatsächlichen oder angeblichen Mitgliedern der Opposition aufnimmt und digitale Kommunikation mit höchst intrusiver Spyware überwacht.

**Überwachung ist umfangreich und systematisch und zielt auf grosse Teile der Bevölkerung ab.** Gemäss USDOS (20. April 2018) berichten Anführer\_innen politischer Oppositionsparteien und Journalist\_innen von Telefonabhörung, anderen elektronischen Lauschangriffen und Überwachung. Einige von ihnen erklärten, dass Regierungsvertreter\_innen versucht hätten, sie zu illegalen Handlungen zu bewegen, indem sie angerufen und sich als Vertreter\_innen von terroristischen Gruppierungen ausgegeben hätten. Gemäss der Auskunft (24. März 2018) einer *Person mit Expertenwissen zu Äthiopien* unterhält der äthiopische Geheimdienst (*National Intelligence and Security Service – NISS*) eine umfangreiche Datenbank über alle Personen, die je mit den äthiopischen Sicherheitsbehörden in Kontakt kamen. Diese Datenbank enthalte aber auch die Fingerabdrücke und persönliche Informationen aller Militär- und Polizeiangehörigen, aller Studierenden an den staatlichen Hochschulen, Inhaber\_innen von Geschäftslizenzen und vieler Steuerzahler\_innen. Der NISS führt laut der *Person mit Expertenwissen* auch umfangreiche Akten über alle bekannten sowie mutmasslichen Mitglieder der bewaffneten und/oder illegalen, aber auch der legalen Opposition. Jede/r, der/die jemals oppositioneller politischer Aktivitäten beschuldigt, untersucht, verhaftet, inhaftiert oder verurteilt wurde, habe eine Akte beim Geheimdienst. Diese Akten würden umgehend aktualisiert, wenn neue Informationen eintreffen.

**Geheimdienst hat weitreichende Kompetenzen.** Gemäss HRW (März 2014) hat der NISS sowohl ein breites wie auch ein unklares Mandat. Die NISS-Proklamation von 2013 gibt dem NISS umfassende Befugnis, Bedrohungen «gegen die nationalen Wachstums- und Entwicklungstätigkeiten» zu untersuchen und Informationen über schwere Verbrechen sowie terroristische Aktivitäten zu sammeln. Gemäss USDOS (2. Juni 2016) ist der NISS in Absprache mit dem Militär (Ethiopian National Defence Forces – ENDF) und der Bundespolizei (Ethiopian Federal Police – EFP) für das gesamte Antiterror-Management verantwortlich.

Die *Information Network Security Agency (INSA)* ist gemäss HRW (März 2014) ein relativ neuer, aber zunehmend bedeutender Zweig des äthiopischen Sicherheitsapparats. Dieser soll die Informationssicherheit und Sicherheit der Infrastruktur garantieren, damit diese für Friedenssicherung, Demokratisierung, *good governance* und Entwicklungsprogramme nutzbar ist. Die INSA spielt eine wichtige Rolle bei der Überwachung des Internets und der Filterung von Websites und arbeitet eng mit dem staatlichen Telekommunikationsmonopolisten *Ethio Telecom* zusammen.

**Engmaschige und stetig intensivierete Überwachung der äthiopischen Diaspora.** HRW (März 2014) schreibt unter Berufung auf ehemalige Staatsangestellte, dass der äthiopische Geheimdienst auch die im Ausland lebenden Äthiopier\_innen durch Infiltrierung der Diaspora und Kontrolle der Finanztransaktionen überwacht. Letzteres dient offiziell der Bekämpfung von Terrorfinanzierung und Geldwäscherei, die gesammelten Daten würden aber weit darüber hinausgehen. Auch IRB schreibt im Februar 2017 unter Berufung auf einen kurz zuvor veröffentlichten HRW-Bericht, dass der äthiopische Staat auch Regimekritiker\_innen im Ausland überwacht. Die Behörden arbeiteten auch mit Informant\_innen, welche öffentliche Anlässe besuchen, um Dissident\_innen ausserhalb Äthiopiens zu beobachten. Andere für die äthiopische Regierung arbeitende Personen würden öffentliche Einträge in sozialen Medien beobachten, wobei dies vor allem der Beschaffung von Geheimdienstinformationen diene. Eine Vereinbarung zwischen der EU und den Schengen-assozierten Staaten Island, Liechtenstein,

Norwegen und der Schweiz und der äthiopischen Regierung bezüglich Zwangsrückführungen von abgelehnten äthiopischen Asylsuchenden sieht gemäss *Der Bund* (5. April 2018) eine enge Kooperation zwischen den europäischen Migrationsbehörden und dem äthiopischen Geheimdienst (NISS) vor. Dabei werden Letzterem persönliche Daten von Asylsuchenden zur Verfügung gestellt. Gemäss einer schriftlichen Auskunft einer *Person mit Expertenwissen zu Äthiopien* vom 24. März 2018 an die SFH berichtet die Auslandsabteilung des NISS der Zentrale in Äthiopien über die Aktivitäten der Exil-Äthiopier\_innen. Die Zentrale würde die so erlangten Informationen mit ihrer elektronischen Datenbank abgleichen und diese entsprechend auf den neuesten Stand bringen. Die gleiche Kontaktperson berichtet, dass das Budget der Auslandsabteilung des äthiopischen Geheimdienstes (NISS) seit 1991 kontinuierlich erhöht worden ist. In der Zeitspanne von 2001 bis 2013 hätten sich die finanziellen Aufwendungen für die Überwachung der Diaspora gar verdreifacht.

AI, 28. Oktober 2014:

**« OROMOS TARGETED DUE TO THEIR FAMILY CONNECTIONS. Over a dozen people reported to Amnesty International they had fallen under suspicion which led to harassment or arrest and detention, based on previous activities or the actual or suspected political opinions of family members. This can lead to several members of the same family being arrested, including parents and children. 'Inherited suspicion' reported to Amnesty International related both to recent cases and activities of family members of those who inherit the suspicion but also, in many of these cases, dating back to the period the OLF was part of the transitional government between 1991 and 1992. People known to be members of the OLF at that time (though a legal entity at that point), their families and children continue to suffer on that basis. One young man told Amnesty International his father had been an OLF supporter during the time the OLF was a recognised political organization in the transitional government but later stopped supporting the OLF and campaigned for an opposition political party in the 2010 elections:»** Quelle: Amnesty International (AI), 'Because I am Oromo': Sweeping repression in the Oromia region of Ethiopia [AFR 25/006/2014], 28. Oktober 2014, S. 52-53: [www.ecoi.net/en/file/local/1107775/4543\\_1437548477\\_afr250062014en.pdf](http://www.ecoi.net/en/file/local/1107775/4543_1437548477_afr250062014en.pdf).

ARC, 7. September 2016:

**« Information was not found amongst the sources consulted on the leadership of the Oromo Liberation Army (OLA). However, information was found on the leadership of the Oromo Liberation Front (OLF) and it should be noted that some sources cite these arms interchangeably. For example, Human Rights Watch considers in a June 2016 report that "The OLF is an armed insurgent group designated a terrorist organization by Ethiopia's parliament in 2011»** Quelle: Asylum Research Consultancy (ARC), Ethiopia COI Query Responses: The Master Plan; OLF members and their family members; Ill-treatment by State agents of Oromo persons who are not politically active, 7. September 2016, S. 23: [www.ecoi.net/en/file/local/1196231/1930\\_1474621038\\_57cff8c14-3.pdf](http://www.ecoi.net/en/file/local/1196231/1930_1474621038_57cff8c14-3.pdf).

Der Bund, 5. April 2018:

**« Vereinbart wird darin eine enge Kooperation der europäischen Migrationsbehörden mit dem äthiopischen Geheimdienst (Niss). (...) Konkret sieht die EU-Vereinbarung vor, dass die Schweizer Behörden dem äthiopischen Geheimdienst sämtliche verfügbaren Daten schicken – von Geburtsurkunde über Führerschein bis hin zu persönlichen Briefen der Asylsuchenden.»** Quelle: Der Bund, Schweiz steigt bei heiklem Asyldeal mit Äthiopien ein, 5. April

2018: [www.derbund.ch/schweiz/standard/Schweiz-steigt-bei-heiklem-Asylideal-mit-Aethiopien-ein-/story/20929320](http://www.derbund.ch/schweiz/standard/Schweiz-steigt-bei-heiklem-Asylideal-mit-Aethiopien-ein-/story/20929320).

HRW, 25. März 2014:

*«Instead, the ruling Ethiopian People’s Revolutionary Democratic Front (EPRDF), a coalition of ethnically-based political parties in power for more than 20 years, continues to severely restrict the rights to freedom of expression, association, and peaceful assembly. It has used repressive laws to decimate civil society organizations and independent media and target individuals with politically-motivated prosecutions. The ethnic Oromo population has been particularly affected, with the ruling party using the fear of the ongoing but limited insurgency by the Oromo Liberation Front (OLF) in the Oromia region to justify widespread repression of the ethnic Oromo population. Associations with other banned groups, including Ginbot 7, are also used to justify repression. (...) Former officials also described to Human Rights Watch being involved in gathering intelligence on Ethiopians living in the diaspora. This involved “old-school” techniques of infiltrating diaspora communities and gathering information on the key diaspora players and the extent of their involvement in Ethiopian politics or media. There is no evidence that emails or telephone calls are monitored in any substantive way. There are increasing reports of Ethiopian embassies in various capitals putting more and more effort into recruiting informants within diaspora communities. Former government officials report that the government facilitates individuals acquiring scholarships to study abroad in order to recruit those individuals as informants. Ministry of Foreign Affairs officials play a significant role in this and, according to several former employees, maintain records of financial transactions from the diaspora to Ethiopians in-country. Ostensibly this is part of Ethiopia’s efforts to combat the financing of terrorism and money laundering but information is kept that goes far beyond that. (...)*

*The majority of Internet sites with Ethiopian content are hosted on servers outside of Ethiopia and are run by the diaspora, although the number of websites hosted by Ethiopians in-country are increasing. Many Ethiopian sites are in English, although there are a significant and increasing number of Amharic sites available along with a number of sites in Somali and Afan Oromo. The National Intelligence and Security Services (NISS) is Ethiopia’s intelligence and security agency and has a broad mandate. While federal police and other law enforcement agencies have various roles and responsibilities in Ethiopia’s security sector, the NISS takes the lead for any matters of national security and intelligence. It has always had a murky mandate. The July 2013 passage of the NISS Proclamation should have clarified that mandate, but the law contains vague language that gives NISS broad powers to investigate threats “against the national economic growth and development activities” and to gather intelligence on serious crimes and terrorist activities. The Information Network Security Agency (INSA), a relatively new yet increasingly powerful branch of the security apparatus, was established to “ensure the security of information and information infrastructure to facilitate their use for the implementation of the country’s peace, democratization, good governance, and development programs.” Accountable to the prime minister, INSA plays an important role in Internet monitoring and filtering of websites and is increasingly integrated with Ethio Telecom and other departments with information management mandates. It plays a key role in facilitating access to citizen’s private digital communications for security and police forces, working closely with*



**Ethio Telecom.** *INSA's role is constantly evolving and it is taking more and more responsibilities as Ethiopia's telecommunication sector grows.* Quelle: Human Rights Watch (HRW), "They Know Everything We Do"; Telecom and Internet Surveillance in Ethiopia, 25. März 2014, S. 1, 18, 19, 29: [www.ecoi.net/en/file/local/1011720/1788\\_1395749437\\_ethiopia0314-forup-load-0.pdf](http://www.ecoi.net/en/file/local/1011720/1788_1395749437_ethiopia0314-forup-load-0.pdf).

IRB, 2. Februar 2017:

**«According to Human Rights Watch's World Report 2016: Events of 2015, the Ethiopian government "regularly monitors and records telephone calls of family members and friends of suspected opposition members and intercepts digital communications with highly intrusive spyware" (Human Rights Watch 27 Jan. 2016). The US Department of State's Country Reports on Human Rights Practices 2015 similarly states that "authorities monitored telephone calls, text messages, and emails" (US 13 Apr. 2016). In correspondence sent to the Research Directorate, a senior researcher on the Horn of Africa with Human Rights Watch further indicated that **Ethiopian authorities also monitor dissidents in the Ethiopian diaspora** (Human Rights Watch 27 Jan. 2017).**

**The same source stated that Ethiopian authorities "have informants who attend public events" to monitor dissidents living outside of Ethiopia, as well as "individuals who monitor public social media posts," although "[a] lot of this is just for intel[ligence] gathering" (Human Rights Watch 27 Jan. 2017). The same source explained that there are "[v]arying opinions on how high a profile you need to be in order to be monitored in this way. High profile individuals definitely are, but sometimes individuals who wouldn't seem to be of much interest are also monitored" (Human Rights Watch 27 Jan. 2017).** » Quelle: Immigration and Refugee Board of Canada (IRB), Ethiopia: Information on the ability of the Ethiopian government to monitor and censor Ethiopian dissidents living in Canada, including scope and type of surveillance, and technology used; treatment of returning dissidents from Canada, including whether particular profiles face greater risks upon return (2014-January 2017), 2. Februar 2017: [www.ecoi.net/en/document/1423401.html](http://www.ecoi.net/en/document/1423401.html).

SFH, Juni 2014:

#### **«Staatliches Überwachungssystem**

**Gemäss Human Rights Watch (HRW) unterhält die Regierungskoalition ein äusserst effektives Überwachungssystem. Die EPRDF verfügt im ganzen Land über ein gutes Netzwerk an Informanten, welche die Tätigkeiten von Organisationen und Personen überwachen. Die Kenntnisse der äthiopischen Bevölkerung von dieser Überwachung führt zu Selbstzensur und bewirkt eine Einschränkung der Meinungsäusserungsfreiheit. Gemäss Freedom House trauen sich viele Äthiopierinnen und Äthiopier selbst in privaten Gesprächen nicht, Kritik an der Regierung zu üben. Obwohl lediglich 1 Prozent der äthiopischen Bevölkerung über einen regelmässigen Internetzugang verfügt, sperrt die äthiopische Regierung Websites und geht konsequent gegen regierungskritische Blogger vor. Der aktuelle Bericht von Reporters Sans Frontières berichtet über die zunehmende Internetkontrolle in Äthiopien. Das äthiopische Parlament hat im Jahr 2013 die Information Network Security Agency (INSA) mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet. Die INSA kann seither Computernetzwerke sowie das Internet, Radio, Fernsehen und Social Media überwachen.**



**Überwachung im Exil. Gemäss einem Bericht von Human Rights Watch (HRW) vom April 2014 überwacht die äthiopische Regierung ebenfalls äthiopische Staatsangehörige im Exil. Laut der Organisation rekrutieren äthiopische Botschaften zunehmend Informanten, welche die Tätigkeiten der Diaspora beobachten.»** Quelle: SFH, Update zu Äthiopien: Aktuelle Entwicklungen bis Juni 2014, 17. Juni 2014, S. 6: [www.fluechtlingshilfe.ch/assets/herkunftslaender/afrika/athiopien/aethiopien-aktuelle-entwicklungen-bis-juni-2014.pdf](http://www.fluechtlingshilfe.ch/assets/herkunftslaender/afrika/athiopien/aethiopien-aktuelle-entwicklungen-bis-juni-2014.pdf).

UK Home Office, November 2017:

**«Human Rights Watch's World Report 2016 on Ethiopia also claimed that ethnic Oromos '... are often arbitrarily arrested and accused of belonging to the banned Oromo Liberation Front (OLF).' Similarly, in its 2014 report 'Because I am Oromo', Amnesty International report that 'The majority of actual or suspected dissenters who had been arrested in Oromia interviewed by Amnesty International were accused of supporting the OLF' and that '...this accusation is often levelled against individuals arrested for openly exercising dissenting behaviour such as membership of an opposition political party or participation in a peaceful protest as a pretext to silence them. (...) Overall, DFAT assesses that Oromos in Oromia face a risk of societal discrimination, due in part to Ethiopia's 'ethnic federation' which means that Oromos in Oromia tend to live in Oromo-dominated communities. Oromos can face some discrimination in employment, particularly at more senior levels of government, the military and the intelligence services. DFAT assesses that Oromos face a low risk of official or societal violence on the basis of their ethnicity. However, people in Oromia who openly protest against the government may face a higher risk of official violence than protesters in other regions.'»** Quelle: UK Home Office, Country Policy and Guidance Note Ethiopia: Oromos including the 'Oromo Protests', November 2017, S. 17-18: [www.ecoi.net/en/file/local/1419377/1226\\_1512568013\\_cpin-eth-oromo-and-oromo-protests-v2-0.pdf](http://www.ecoi.net/en/file/local/1419377/1226_1512568013_cpin-eth-oromo-and-oromo-protests-v2-0.pdf).

USDOS, 2. Juni 2016:

**«The National Intelligence and Security Service (NISS), which had broad authority for intelligence, border security, and criminal investigation, was responsible for overall counterterrorism management in coordination with the ENDF and EFP. The three security organizations comprise the Ethiopian Task Force for Counterterrorism, a federal-level committee to coordinate counterterrorism efforts.»** Quelle: US Department of State (USDOS), Country Report on Terrorism 2015 - Chapter 2 - Ethiopia, 2. Juni 2016: [www.ecoi.net/en/document/1063964.html](http://www.ecoi.net/en/document/1063964.html).